Beschluss des Landrats vom 26.01.2023

Nr. 1989

32. Schaffung eines kantonalen Mobilitäts-Innovationsfonds

2022/259; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Etienne Winter (SP) weiss nicht, ob es das Instrument gebe: eigentlich handelt es sich hierbei um einen «Durchsetzungsvorstoss». Er basiert auf einer Empfehlung der GPK aus dem Jahr 2019. Zu Beginn der Legislatur visitierten die neuen GPK-Mitglieder Etienne Winter und Yves Krebs mit Hanspeter Weibel als Lehrmeister die BLT. Im Rahmen der Visitation wurde klar, dass es unterschiedliche Interpretationen des Handlungsspielraums in Bezug auf das Projekt Pick-E-Bike gab. Die BLT hatte dieses mit anderen Partnern durchgeführt, worüber die Regierung nicht komplett «amused» war, weil sie Pick-E-Bike als Konkurrenzangebot einstufte. Die BLT sah das Projekt hingegen als Ergänzung zum Leistungsauftrag. Die GPK empfahl, eine Präzisierung vorzunehmen und Betriebe, die innovative Mobilitätsprojekte vorwärtsbringen möchten, zu unterstützen – eventuell auch finanziell. In der Stellungnahme des Regierungsrats auf die Empfehlung der GPK wird argumentiert, eine Umsetzung sei aufgrund der Gesetzeslage nicht möglich. Zudem sei es schwierig, würde ein Anbieter bevorzugt. Wenn, dann müsste das Ganze grösser gedacht und alle Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind, ebenfalls die Möglichkeit haben, an die kantonalen Gelder zu gelangen. Die Realisierung eines Mobilitäts-Innovationsfonds wurde erwähnt. Es ist aber leider so, dass Empfehlungen ohne Handlungsauftrag, auch wenn noch so gut gemeint, versanden. Etienne Winter hat drei Jahre gewartet und ist weiterhin von der damaligen Empfehlung der GPK überzeugt. Leider ging es nicht weiter, weshalb er sich als Parlamentarier genötigt sah, den Gedanken mittels Vorstoss weiterzutreiben. Mit den im Rahmen der Stellungnahme zur Motion gemachten Ausführungen ist der Motionär zufrieden. Das Finanzhaushaltsgesetz hat sich geändert, wodurch die damals von der Regierung selbst vorgeschlagene Variante nicht mehr möglich ist. Angesichts der kurzen Auslegeordnung in der Stellungnahme der Regierung betreffend Machbarkeit wandelt Etienne Winter die Motion in ein Postulat um.

Hanspeter Weibel (SVP) erinnert sich gut an die damals geführten Diskussionen und begrüsst es, dass Etienne Winter die Schaufel hervorgenommen habe und gegen das Versanden vorgegangen sei. «Durchsetzungsvorstoss» könnte man nun, da umgewandelt, auch als «Handlungspostulat» verstehen. An sich ist die Stellungnahme der Regierungsrat korrekt. Die SVP-Fraktion hätte eine Motion nicht überwiesen, ein Postulat unterstützt sie aber. Ein Aspekt sei aber ergänzt: Gemeint sind alle Mobilitätsformen. Es soll keine Einschränkung auf eine einzelne Mobilitätsform oder einen bestimmten Mobilitätsanbieter geben. Die Empfehlung wurde damals im Zusammenhang mit einer Visitation der BLT formuliert. Der Vorstoss darf aber nicht als Forderung nach einem Mobilitäts-Innovationsfonds für die BLT verstanden werden. Es gibt durchaus auch andere Mobilitätsanbieter, die Innovationen haben. Eine Prüfung durch den Regierungsrat ist richtig. Es soll aufgezeigt werden, was alles möglich ist. Es soll auch ersichtlich werden, unter welchen Bedingungen wer beteiligt werden könnte. Der 27. E-Scooter-Anbieter dürfte nicht mehr als sehr innovativ gelten. Es bedarf also gewisser Schranken. In diesem Sinne unterstützt die SVP-Fraktion das Postulat.

Stefan Degen (FDP) verleiht dem Erstaunen der FDP ob der zustimmenden Haltung der SVP Ausdruck. Aus finanzhaushälterischer Sicht ist die Vorgehensweise falsch. Vom Sachgeschäft ausgehend wird ein Betrag definiert, der ins Budget einfliesst, das genehmigt und dann das Geld

ausgegeben wird. Im AFP wurden die Kässeli für Sachgeschäfte bald ausgemerzt. Nun sollen aber irgendwelche Fonds gebildet werden. Wieso wird nicht gesagt, was man will, damit dies ins Budget eingestellt und dann ausgegeben werden kann? Mit diesem Vorgehen wird das getan, was jahrelang in der Budgetdebatte bekämpft wurde. Es soll Geld gesprochen werden, ohne dass irgendjemand weiss wofür. Die Hoffnung ist wohl, dass dieses Geld für irgendwelche politisch nicht mehrheitsfähige Anliegen verwendet werden kann. Stefan Degen hält die Vorgehensweise für falsch und sieht demnach auch keinen Grund für eine Prüfung. Die FDP-Fraktion wäre froh über Klartext. Die Zeiten von Fonds sind vorbei. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Karl-Heinz Zeller (Grüne) hält es für typisch, dass nun über Form und Art des Einbringens und der Umsetzung eigentlich gut gemeinter Ideen gesprochen werde. Das Anliegen des Motionärs hätte die Grüne/EVP-Fraktion inhaltlich unterstützt, allerdings besteht auch gewisses Verständnis für die Antwort der Regierung. Auch die Argumentation der FDP-Fraktion ist nachvollziehbar. Gleichzeitig ist es aber auch schön, dass die SVP-Fraktion pragmatisch ein Postulat unterstützt. Es geht darum, dass man überlegen muss, wie neue Ideen im Bereich Mobilität unterstützt werden können. Es ist wichtig, dies nun zu prüfen. Die Grüne/EVP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Hanspeter Weibel (SVP) findet es schön, wie das gegenseitige Verständnis und Unverständnis propagiert werden könne. Stefan Degens Argumentation ist verständlich. Zur Klarstellung: Die SVP-Fraktion unterstützt nicht die Bildung eines Fonds als solche, sondern möchte, dass der Regierungsrat definiert, unter welchen Voraussetzungen solche Anträge im AFP behandelt werden können. Man kann dies auch Mobilitäts-Innovationsreglement nennen. Es braucht gewisse Leitlinien. Aus diesem Grund unterstützt die SVP-Fraktion das Postulat. Sie hat zudem verstanden, dass Regierungsrat Reber – auch wenn aktuell nicht uneingeschränkt aufmerksam – diesem Anliegen gegenüber nicht abgeneigt ist, zuerst aber eine Auslegeordnung über die Rahmenbedingungen vornehmen möchte. Sofern der Regierungsrat zum Schluss kommt, dass ein Fonds nicht gewollt ist, muss er aufzeigen, wie das Vorgehen dann möglich ist. *[Der Baudirektor nickt]* Hanspeter Weibel freut sich, dass Einigkeit zwischen den beiden besteht. Der Kernauftrag ist: Rahmenbedingungen zu definieren und nicht ein Kässeli zu bilden. Einige nickende Köpfe suggerieren Verständnis. Stefan Degens Bedenken sind nachvollziehbar, aber nicht das Ziel des Vorstosses.

Felix Keller (Die Mitte) ist froh über die Umwandlung in ein Postulat. Eine Motion hätte die Mitte/glp-Fraktion auch nicht unterstützt. Es sollen keine neuen Fonds gebildet werden. Die Idee an sich ist aber sympathisch und die Mitte/glp-Fraktion ist immer für innovative Lösungen zu haben, weshalb sie das Postulat unterstützt. Analog dem Energieförderprogramm könnte ein Mobilitätsförderprogramm – Mobilität natürlich in allen Varianten – ausgearbeitet werden und Gelder gesprochen werden. Der Regierungsrat ist bereit, die Thematik ergebnisoffen anzuschauen. Die Mitte/glp-Fraktion ist gespannt, was der Regierungsrat berichten wird.

Stefan Degen (FDP) verweist auf das im Titel verwendete Wort «Mobilitätsfonds». Es geht darum, Geld bereitzustellen. Wieso ist dann nicht dieser Fonds der Kern des Vorstosses? Vielleicht kann dies jemand erklären. Weiter geht es darum, dass die Finanzierung anders als über ein Geschäft geregelt werden soll. Eine Unterstellung: Es geht darum, Geld bereitzustellen, das man danach leichter ausgeben kann. Das ist systematisch falsch und da ist die FDP-Fraktion dagegen. Eine weitere Frage: Wie soll dadurch Innovation erreicht werden? Innovation erreicht man nicht durch Geld, sondern durch Wettbewerb. Wie soll etwas Besseres entstehen, wenn jemandem einfach Geld gegeben wird, der irgendwie innovativ ist, als wenn ein bestehendes Angebot durch zusätzliche Angebote ergänzt und in der Folge von den Leuten genutzt wird? Es stellt sich auch die Frage, wo genau der Notstand zu verorten ist, von dem im Vorstoss die Sprache ist. Diese drei Fragen sollten geklärt werden, bevor irgendein Bericht in Auftrag gegeben wird.

Etienne Winter (SP) schliesst sich Hanspeter Weibel vollumfänglich an. «Innovationsfonds» wurde das Anliegen genannt, weil der Regierungsrat diese Massnahme ursprünglich selbst vorgeschlagen hatte. In seiner Stellungnahme zum Vorstoss hat er aber begründet, dass dies nicht möglich sei, er aber gerne eine Auslegeordnung vornehmen würde. Dieses Anliegen unterstützt Etienne Winter, indem er die Motion in ein Postulat umwandelte. Auch die Frage nach der Notwendigkeit wird im Rahmen der Auslegeordnung geklärt. Der Titel des Vorstosses geht auf den Regierungsrat zurück, der dies mit seiner Stellungnahme aber relativiert hat.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) versichert Hanspeter Weibel, dass die Regierung multitaskingfähig sei und er stets zugehört habe. Zudem betätigt er sich als Vermittler zwischen Hanspeter Weibel und Stefan Degen: Der Regierungsrat möchte ein Konzept entwickeln, das unter anderem aufzeigen soll, mit welchem Instrument Innovationsprojekte in der Mobilität gefördert werden können und in welchem Masse sowie mit welcher Zielrichtung der Kanton BL das tun soll. Die Zurückhaltung im Hinblick auf neue Fonds ist der Regierung bekannt. Deshalb wollte sie den Vorstoss auch nicht als Motion entgegennehmen. Einer Prüfung des grundsätzlichen Anliegens verschliesst sich die Regierung aber nicht. Prüfen und Berichten ermöglicht eine Abklärung darüber, ob es eine Möglichkeit gibt, die mit der bestehenden Konzeptionsform – auch im finanziellen Bereich – übereinstimmt, dem Anliegen entgegenzukommen. Es liegt aber schlussendlich in der Macht des Parlaments, den Vorstoss zu überweisen oder nicht.

://: Mit 69:15 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.